



Umsetzungspraxis in den Behörden verbessern:

- Die Behörden müssen ihren Informationspflichten nachkommen und über Leistungsansprüche und weitere Rechte sachgerecht aufklären.
- Die Sachbearbeiter sollen zeitnah telefonisch erreichbar sein, eine anonyme Hotline ist keine Lösung.
- Die Behörden sollen die tatsächlichen Gründe für fehlende Mitwirkung ermitteln statt Sanktionen zu verhängen.

Tarifgebundene und sozialversicherungspflichtige Arbeit fördern:

- Die Vermittlung muss nachhaltig in tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Arbeit erfolgen statt in Leiharbeit, befristete Stellen und andere prekäre Beschäftigung.
- Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Jobs sowie prekäre Beschäftigung in allen ihren Formen sind einzustellen.

- Keine Rückforderung von überzahlten Leistungen, wenn bei Arbeitsaufnahme die erste Lohnzahlung erst am Monatsende oder im Folgemonat erfolgt.

Berufliche Bildung und Qualifikationen fördern:

- Qualifizierte berufliche Bildung und Weiterbildung ermöglichen, die den Berufswünschen Rechnung trägt statt sinnloser „Aktivierungsmaßnahmen“.

www.dielinke-bielefeld.de/kommunalwahl
DIE LINKE Bielefeld bietet Arbeitskreise zu den Themen Wohnen, Gesundheit, Umwelt und Verkehr, Gesundheit, Bildung, Soziales & Gewerkschaft, sowie Hartz IV an.
Wir laden zur Mitarbeit ein:
www.dielinke-bielefeld.de/kreisverband/arbeitskreise



Impressum: DIE LINKE Bielefeld · August-Bebel-Straße 126, 33604 Bielefeld · V.i.S.d.P: Florian Straetmanns

**Soziale Sicherheit
für alle steht
im Mittelpunkt
unserer Politik.**

DIE LINKE.
KREISVERBAND BIELEFELD



In der Wohnungspolitik zeigen wir einen Weg zu bezahlbaren Wohnungen für alle. In der Verkehrspolitik stellen wir die schwächeren Verkehrsteilnehmer in den Mittelpunkt und wollen ein bezahlbares Mobilitätsticket für Stadtbahn, Bus und perspektivisch den Nulltarif. Für Kinder und ihre Eltern fordern wir beitragsfreie Kitas.

Zu den Themen „Armut bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen“ und zum Thema „Gute Arbeit für alle Bielefelder*innen“ finden Sie hier unsere Vorschläge im Einzelnen.

Gute Arbeit für alle Bielefelder*innen

Die Stadt hat auch als Auftraggeber Verantwortung und eine Leitfunktion für die Beschäftigung in Bielefeld. Wir fordern daher:

- die Wirtschaftsförderung so auszurichten, dass gute Arbeitsplätze, geschützt durch Betriebsräte, gesichert und neu geschaffen werden.
- öffentliche Aufträge nur an Unternehmen mit Tarifbindung und Mitbestimmung zu vergeben. Dieser Grundsatz ist auch in Betrieben umzusetzen, in denen die Kommune Mehrheitsanteileseigner ist.

- dass die Stadt Bielefeld sich verpflichtet, die Tarifsteigerungen der freien Träger in tatsächlicher Höhe zu refinanzieren und die Leistungsverträge so zu gestalten, dass gute Arbeitsbedingungen gewährleistet werden können.
- Leistungsverträge nur mit freien Trägern abzuschließen, die in dem betreffenden Bereich den TVÖD oder vergleichbare Tarife anwenden.
- in den Leistungsverträgen außerordentliche Kündigungstatbestände und Vertragsstrafen zu vereinbaren, wenn Verstöße gegen das Mindestlohngesetz, Arbeitszeitgesetz oder Behinderung von Betriebsratsarbeit festgestellt werden.
- sowohl in der Kommune als auch in den Betrieben, in denen sie Mehrheitsanteileseigner ist, auf sachgrundlose Beschäftigung zu verzichten und ungewollte Teilzeitbeschäftigung abzubauen.
- familienfreundliche Arbeitsstrukturen auszubauen
- mehr Personal einzustellen, statt dauerhaft Überstunden anzuordnen
- ein Privatisierungsverbot. Stattdessen: Re-Kommunalisierung von ehemaligen städtischen Betrieben und Dienstleistungen

Armut bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen

Hartz IV - Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten

Das Hartz-IV-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler Ebene gibt es aber wichtige Entscheidungsspielräume. Wir fordern daher:

Existenzielle Grundlagen sicherstellen

- Die Richtwerte für Wohnkosten sollen dem Mittelwert der örtlichen Vergleichsmieten entsprechen und jährlich an die gestiegenen Mieten angepasst werden.
- Die Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder sollen unter Wahrung des Datenschutzes als Geldleistung an die Eltern ausgezahlt werden statt an Vereine.
- Sozialticketpreis senken.
- Das Sozialberatungsangebot soll ausgeweitet und die Finanzierung dauerhaft gesichert werden.